

Warum Pflege teurer wird

VON EVA QUADBECK - zuletzt aktualisiert: 16.11.2010 - 02:30

Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) will, dass Bürger für den Pflegefall zusätzlich vorsorgen. Die Pflege ist seine nächste Großbaustelle. Wir beantworten die wichtigsten Fragen.

Warum will Gesundheitsminister Rösler in der Pflegeversicherung eine zusätzliche Kapitaldeckung aufbauen?

Zurzeit wird das Geld, das die Arbeitnehmer in die Pflegeversicherung einbezahlen, direkt verbraucht für die Versorgung der heute Pflegebedürftigen. Da in Zukunft aber immer mehr Pflegebedürftige auf immer weniger Arbeitnehmer kommen, wird das heutige System eines Tages überfordert sein. Deshalb sollen die Bürger Geld ansparen, das für den Fall der Pflege zur Verfügung steht.

Müssen alle eine zusätzliche Pflegeversicherung abschließen?

Ja, es ist geplant, dass eine Kapitalvorsorge für den Pflegefall im Alter verpflichtend wird.

Wie funktioniert das?

Grundsätzlich gibt es zwei Wege: Verträge für eine Zusatzpflegeversicherung können entweder mit privaten Anbietern oder über die gesetzlichen Krankenkassen geschlossen werden. Es soll in jedem Fall sichergestellt werden, dass sich der Staat in Zeiten knapper Kassen nicht an den Ersparnissen für die Pflege vergreifen kann. Grundsätzlich könnte eine Pflegezusatzversicherung wie eine Unfallversicherung aufgebaut sein. Damit wäre sie individuell, würde aber nur dann ausbezahlt, wenn der Versicherungsnehmer auch zum Pflegefall wird.

Was wird das kosten?

Es gab bereits 2007 ein Konzept in der Union, wonach eine solche Pflegezusatzversicherung im ersten Jahr sechs Euro pro Monat kosten und dann jährlich um einen Euro monatlich ansteigen sollte. Der Betrag sollte 1,6 Prozent des Brutto-Einkommens nicht übersteigen. Damals lehnte die SPD in der großen Koalition das Modell ab.

Wird es dafür staatliche Zuschüsse geben?

Denkbar ist ein Modell, das der Riester-Rente ähnelt. Demnach würde der Staat Zuschüsse geben und den Bürgern Anreize setzen, möglichst viel zurückzulegen. Wenn die Zusatzversicherung für die Pflege Pflicht wird, muss es zudem Hilfen für diejenigen geben, die nichts zurücklegen können, beispielsweise Hartz-IV-Empfänger.

Werden wir denn in Zukunft eine Gesellschaft von Pflegebedürftigen?

Die Menschen leben immer länger, und je höher die Lebenserwartung liegt, desto größer ist auch das Risiko, ein Pflegefall zu werden. Bereits heute werden 60 Prozent der Frauen und 42 Prozent der Männer am Lebensende zum Pflegefall. Der Unterschied lässt sich aus der längeren Lebenserwartung der Frauen erklären. Experten rechnen damit, dass die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2050 auf 5,5 Millionen ansteigen wird.

Ist die Einteilung von Pflegebedürftigkeit noch zeitgemäß?

Nein. Bislang können die Versicherten aufgrund körperlicher Einschränkungen eine von drei Pflegestufen erhalten. Je höher sie eingestuft sind, desto mehr Geld erhalten sie für ihre Pflege. Bislang nicht berücksichtigt sind die Demenz-Kranken. Die Politik schiebt es seit Jahren vor sich her, einen neuen Pflegebegriff zu entwickeln, der auch an Altersverwirrtheit leidenden Menschen mehr Ansprüche aus der Pflegeversicherung zubilligt. Dabei steigt auch die Zahl der Demenz-Kranken. Aktuell sind es 1,2 Millionen Menschen. Nach Schätzungen der Alzheimer-Gesellschaft werden es 2030 etwa 1,8 Millionen Betroffene sein.

Wie können die Pflegebedürftigen in Zukunft versorgt werden?

Die Branche leidet schon unter erheblichem Personalmangel. Nach Schätzungen der Branche fehlen etwa 50 000 Kräfte. Es mangelt vor allem an gut ausgebildetem Personal. Derzeit gilt in der Pflege ein Mindestlohn von 8,50 Euro im Westen und 7,50 Euro im Osten. Durch eine bessere Bezahlung könnten sicherlich mehr Arbeitskräfte gelockt werden. Sie ließen aber auch die Kosten weiter explodieren. Rösler plant, die Ausbildung von Pflegekräften im Krankenhaus und für die Altenpflege zusammenzulegen. Das ist grundsätzlich eine gute Idee, wird aber den Personalmangel in der Altenpflege nicht beheben, solange die Löhne so niedrig sind.

Kann die neue Pflegezeit, die Familienministerin Kristina Schröder plant, das Problem lösen?

Wohl kaum. Das Gesetz, wonach pflegende Angehörige zeitweise aus dem Job aussteigen können und die Lohn einbußen zeitlich so strecken dürfen, dass sie ihre Existenz halten können, ist ohnehin noch nicht in trockenen Tüchern. Das Modell ist bei den Arbeitgebern so unbeliebt, dass es in der Praxis schwierig umzusetzen sein wird.

Wird die Qualität der Pflege genug kontrolliert?

An diesem Punkt gibt es Nachbesserungsbedarf. Mittlerweile existiert zwar ein Pflege-TÜV, allerdings sind die Kriterien sehr umstritten. So kann ein Pflegeheim Mängel bei der Ernährung seiner Bewohner durch einen hübschen Garten ausgleichen.

Quelle: Rheinische Post